Gibt es einen linken Keynesianismus?

Rüdiger Wilke

Eine Keynesianische Revolution?

Man mußte nicht auf Keynes warten für ein Konzept der staatlich induzierten Nachfrage oder der staatlich organisierten Beschäftigung. Auch war es nicht seine Erfindung, mit fiat money Nachfrage zu erzeugen, anstatt Ersparnisse bei dem einen einzusammeln, um sie andernorts Ausgabe werden zu lassen. [1] Er ist auch nicht der erste, der das Say-Theorem für eine Monetärökonomie bestreitet. Hätte Michael Kalecki, ein Schüler Rosa Luxemburgs, seine Schriften nicht erst auf polnisch [2] , sondern gleich in englisch veröffentlicht, ließe sich Keynes nicht als Revolutionär der Ökonomik präsentieren.

Keines der Theoreme aus der keynesianischen Ökonomik und keine keynesianische Politikempfehlung finden sich nicht bereits auch schon vor dem Auftreten dieser Schule bei anderen Ökonomen. Es gab Keynesianer vor Keynes und es gab die wirtschaftspolitischen Elemente des Keynesianismus vor der ersten Great Depression in den Dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Neu ist lediglich, die Maßnahmen aus den Ausnahmesituationen der Ökonomie nicht mehr wie bei den Vertretern des Laissez-Faire-Regimes als Regelwidrigkeit zu betrachten, sondern sie umfänglich und dauerhaft für die Absicht der Systemstabilisierung zu nutzen.

Das bisherige Prinzip der Marginalisten mit ihrer subjektiven Wertlehre bleibt indes erhalten: anstelle der immanenten Entwicklungslogik der Privatwirtschaft wird die Psychologie der Wirtschaftssubjekte als Explikation ausgegeben. Was soll eine Diagnose zur Krisenhaftigkeit des Kapitalismus taugen, wenn schon gleich die Zentralkategorie der politischen Ökonomie – der Wert, unterschieden vom Tauschwert – fehlt ? [3]

Mit der ersten Great Depression ist die Makroökonomik wieder auf die Tagesordnung der Wirtschaftswissenschaft gesetzt. Für Aggregationszwecke muß Keynes eine geeignete Einheit finden. Er verfällt auf 'labour units' [4] , wobei die Inhomogenität der konkreten Arbeiten unter Beanspruchung etlicher Proportionalitäten über deren differenzierte Entlohnung Kommensurabilität erlangen soll. Die gesamtwirtschaftliche Problematik einer Dialektik zwischen abstrakter Arbeit und monetären Einkommen ist derart qua Definition bereits ausgeschlossen.

Geld ist kraft seiner Natur Wertaufbewahrungsmittel und der Preis klebt am Gebrauchswert wie im Kaufladen. Der Durchschnittsprofit ergibt sich bei Keynesianern als Diskontsatz, der den Barwert der Quasirenten aus der Investition dem Angebotspreis des Kapitalgüter gleichsetzt [5] oder als Mark-Up [6] oder weil der Einsatz von Produktionsfaktoren den Verkaufswert des Produkts oberhalb der Kosten an Löhnen und Grundrenten ermöglicht [7] . Noch einen Schritt weiter geht der Monetärkeynesianismus: bei Hajo Riese bestimmt sich der Kapitalzins im Verhältnis zu allen anderen Vermögenszinssätzen. Wäre nämlich das Geldangebot zu groß, würde soviel produziert, daß die Grenzrate, der Kapitalzins, verschwindet. Die Geldanbieter können und müssen das Angebot verknappen, dann ist der Kapitalzins wieder positiv. [8]

Man soll bei der Frage nach dem 'Was' zufrieden sein mit einer Antwort, die die Mechanik des 'Wieviel' beschreibt. Wo sich Begriffe nicht bilden lassen, werden sie substituiert als 'a matter of definition' (Joan Robinson) innerhalb der Konstruktion eines 'Modells'. Das Elend des Positivismus besteht auch darin, daß er es nur zu Analogien bringt, und statt Begriffe zu bilden nur Bezeichnungen anbietet. Die Phänomene der Zirkulation sollen die Phänomene der Zirkulation erklären. Rudolf Hickel beschwert sich bei marxistischen Diskutanten über deren Behauptung, Keynes "sei ein Theoretiker der Zirkulation"

[9] . Zur Verteidigung seines Mentors wird dort lediglich ein knapper Hinweis angeführt: “Denn gerade das Investitionsverhalten verknüpft die Produktionswirtschaft mit den spekulativen Finanzmärkten”.

Unterstellen wir, daß damit ein Stück der Keynesschen Theorie referiert werden soll, nämlich die Bestimmungsgründe für Investitionen im Kapitalismus. Und zwar nicht nach modernem Jargon Geld gegen verbriefte Forderung (Finanzmarkt) – vormals ‘Finanzierung’ genannt – , sondern altmodisch Geld gegen Produktionsmittel (Kapitalbildung). Daß wir bei Keynesianern weder eine substantielle, noch eine einheitliche Auskunft darüber erwarten dürfen, was deren ‘Eigenzinssätze’ bzw. ‘Quasirenten’ überhaupt ermöglicht, wurde gerade aufgezeigt. Soll es ein Vorzug der Keynesschen Theorie sein, die bisherige Zwei-Welten-Lehre der Ökonomik – reine vs. monetäre Theorie – überwunden zu haben ? Kapitalismus als monetär bestimmte Ökonomie erkannt zu haben wird gewöhnlich als weiteres Verdienst der Keynes’schen Theorie aufgeführt und soll derart eine Gemeinsamkeit mit der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie aufweisen. Wenn indes Keynes die Ökonomie als Vollzug der Geldvermehrung versteht, wie sie sich dem bürgerlichen Verstand aufdrängt, ist das gegenüber Marx, der sie als widersprüchliche Kapitalakkumulation begreift, nicht bloßer Unterschied unter der gleichen Rubrik ‘Monetärökonomie’, sondern unvereinbarer Gegensatz. Die Konstitutionsfolge ist gegenläufig: in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie wird die Zirkulation zum Moment der Kapitalproduktion, bei Keynes liefert die Zirkulation alle Begriffe der Ökonomie und bestimmt die Produktion als Produktion von Waren. Wie die österreichische Schule [10] scheitert auch der Keynesianismus am Kapitalbegriff. [11]

Mit Proudhon und den Geldnarren müssen auch Keynesianer die Zirkulation dadurch retten, daß stets ausreichend Nachfrage am Markt ist, Geld zur Kaufaktivität gezwungen wird, dessen Zurückhaltung nicht mit Zins belohnt, sondern womöglich bestraft wird. [12] Der Zins bilde eine Brücke von einer Geldmengenänderung zu der realwirtschaftlichen Reaktion – einer geänderten effektiven Nachfrage – über die zinsreagible Liquiditätspräferenz, die Grenzleistungsfähigkeit der betriebenen Kapitalien und den Einkommensmultiplikator. Keynes will damit die Dichotomie zwischen Mikro- und Makroökonomik überwinden. Er bemerkt, daß er sich in Begründungszirkeln befindet und strebt daher – wie in der Ökonomik üblich – eine simultane Ergebnisbestimmung an. [13] Der Übergang in die Modellfiktion wäre vermieden, wenn das kategoriale Verhältnis zwischen Geld und Kapital ordentlich bestimmt wäre. Dann hätte sich gezeigt, daß es sich bei dem Zirkel um die notwendigen Metamorphosen des Kapitals handelt, die sich tatsächlich in der Ökonomie abspielen. Es hätte sich weiter gezeigt, inwiefern Geld die Rolle eines Repräsentanten der Gesamtwirtschaft einnimmt. Diese widersprüchliche Bewegung ist indes mit “simultaneous equations” nicht zu erfassen.

Geld und Profit bestimmen sich also aus der Zirkulation, die Kategorien werden mit demjenigen identifiziert, woran sie gemessen werden sollen. Eben dies nennt man Zirkulationstheorie der Ökonomie. Das Verständnis verirrt sich in den Verkehrungen der Verkehrswirtschaft. [14]

Damit kann der Grund der kapitalistischen Produktion nicht erklärt werden, stattdessen wird das Verhalten von Marktteilnehmern mit viel Psychologie bloß beschrieben. Nicht daß diese in tatsächlicher Hinsicht ohne Psychologie funktionierten, jedoch hätte die Frage beantwortet werd en sollen, nach welcher Systematik Reichtum individuell zwar angestrebt, aber stets wieder gesellschaftlich vereitelt wird.

Keynesianismus im Streit der Schulen

Paul Krugmann – kein Keynes-Schüler – meint, man müsse nicht die “General Theory” studiert haben, um Keynesianismus zu verstehen. [15] Er dividiert die Keynesianer in Liebhaber des 12. Kapitels versus diejenigen, die im ersten Teil der ‘General Theory’ eine alternative Gleichgewichtsmechanik erkennen.

Dieser neoklassischen Synthese ließen sich etwa John Hicks, Paul A. Samuelson und Robert Solow zuordnen. Im Kapitel 12 (‘Long-term expectation’) wird die makroökonomische Instabilität auf die Unsicherheit der Investoren zurückgeführt, deren Herdentrieb (‘animal spirits’) irrationale Ausschläge von Trends verstärkt. Als Vertreter wären hier bspw. Hyman Minsky, Robert Clower und solche Autoren zu nennen, die das Marktversagen betonen. Keynes Hauptwerk läßt offenbar viele Interpretationen zu. Folgerichtig ließ sich die Frage dann auch umkehren: War Keynes ein Keynesianer? [16]

Versucht man, eine übereinstimmende Abgrenzung zu Monetaristen bzw. Neoklassikern, ganz zu schweigen von der österreichischen Schule Mises/Hajek, zu benennen, so ist an erster Stelle die kompensierende Rolle des Wirtschaftssubjektes Staat anzuführen. Keynesianische Vorstellungen zur Transmissionsmechanik makroökonomischer Parameter lassen Eingriffsmöglichkeiten von Staat oder Notenbank erkennen, die die Produktionslücke schließen könnten.

Welches Problem will Keynesianismus behandeln? Die Krise zeigte sich früher als allgemeiner Preissturz. Bei Gesell heißt es “Wirtschaftskrisen, also Absatzstockung und Arbeitslosigkeit mit ihren Begleiterscheinungen sind nur bei weichenden Preisen denkbar... Die Preise dürfen niemals und unter keinen Umständen fallen.” [17] Das Symptom muß also umgedreht werden. Keynes übernimmt diese Weisheit zur Krisentherapie: “Das erklärte Ziel der Regierung, ebenso wie der Vertreter des Empire, die sich in Ottawa versammelt haben, ist es, die Preise zu erhöhen.” Weiter heißt es dort: “Es gibt nur noch ein wirksames Mittel, die Preise in der Weltwirtschaft zu erhöhen, und das ist eine weltweite Vergrößerung der kreditfinanzierten Ausgaben.” [18]

Die implizite Maxime keynesianischer Krisenbewältigung lautet: mögen die makroökonomischen Zustände derart sein, daß sich mikroökonomische Erwartungen – Profit, Beschäftigung, Verbrauch – erfüllen können. Da die Keynes’sche Theorie dem Geld Wertaufbewahrungsfunktion zugesteht, die noch in der klassischen Ansicht geleugnet wurde, mußten die Stabilitätsbedingungen für den Geldmarkt aus dem Nachfrageverhalten der Marktteilnehmer bestimmt werden. Neben der bisherigen Transaktionskasse [19] führt Keynes das Vorsichts- und Spekulationsmotiv als Gründe der Kassenhaltung auf . Der Keynesianer James Tobin geht mit seiner Portfoliotheorie darüber hinaus und integriert die Geldhaltung in einer Skala aller Vermögensklassen nach abnehmender Sicherheit und zunehmendem Ertrag bis zu den Anteilsrechten an fungierendem Kapital. [20]

Damit soll der Transmissionsmechanismus für monetäre oder fiskalische Impulse sichtbar werden. Auf monetaristischer Seite wird eine ganz ähnliche Analyse von Brunner/Meltzer geliefert. [21] Von einem vorausgehenden heftigen Streit zwischen “Monetaristen” und (keynesianischen) “Fiskalisten” ist wenig übrig geblieben.

Von Keynesianern wird das für die Monetärökonomie zurecht verworfene Say-Theorem auf der monetären Ebene wiederbelebt und umgedreht: alle Ausgabe ist zugleich Einnahme. Nun ruht die Hoffnung auf dem Einkommensmultiplikator, der aus dem “pump-priming” ausreichend zusätzliche Beschäftigung und Einkommen generieren soll. Versuche, dessen Höhe ex post zu schätzen, liefern Werte zwischen 0 und 1,7. [22]

Seine Formel zeigt, daß er alles andere als ein invarianter Strukturparameter sein kann: marginale Konsum- bzw. Sparquote sind selbst wieder von den “expectations” der Mikroökonomien bestimmt. Erwartungen wurden in der ‘Theorie der rationalen Erwartungen’ (“rational expectations”) endogenisiert, also die systematische Enttäuschung bestritten. Der neoklassische Vorrang von Preisbewegungen vor Mengenanpassungen wird im ursprünglichen Keynesianismus umgekehrt zur primären Mengenreaktion bei fixen Preisen. In der dualen Entscheidungshypothese der Neokeynesianer [23] kommt es bei den Haushalten nach einer hypothetischen Planung aufgrund von Preissignalen in

zweiter Instanz zur Revision wegen vorliegender Mengenrestriktionen – besonders am Arbeitsmarkt. Zuverlässig führt der den europäischen Südstaaten oktroyierte Sparkurs in die Rezession. Dafür reicht schon der Primäreffekt entfallender Haushaltseinkommen und Staatsaufträge für Unternehmen. Der Umkehrschluß greift indes zu kurz: durch Staatsausgaben ermöglichte Kapitalverwertung ist nicht auch schon Kapitalbildung. Wenn diese nicht zustande kommt, können auch Staatsausgaben eine kapitalistische Ökonomie nicht auf den Pfad des Potentialwachstums zurückbringen.

Zu einem möglichen konjunkturellen Stabilisierungsbeitrag von Geldpolitik finden sich bei Keynes selbst keine Regeln für die Notenbank. [24] Der Monetarist Milton Friedman hingegen empfiehlt eine passive Geldmengenregel, die auf eine konstante Inflationsrate zielt. [25] Ein diskretionäres Eingreifen im Ermessen der geldpolitischen Institutionen wird insoweit verworfen, als der Überraschungseffekt mehr Störung als Korrektur nach sich ziehen kann. John Taylor entwickelt eine Geldmengenregel innerhalb eines neukeynesianischen Modellrahmens mit Preis- und Lohnrigiditäten, wie sie in der neo- und neuklassischen Theorie gerade geleugnet werden. Seine Regel ist gegenüber der von Friedman komplexer und schließt neben der Inflationsrate auch Größen der "Realökonomie", Erwartungen, Anreize und Wachstumseffekte ein. [26] Trotzdem akzeptiert er als Anti-Keynesianer tituliert zu werden, insofern er den Versuch eines antizyklischen kompensierenden Staatseingriffs als kaum erfolgreich ablehnt. Der Unterschied zwischen regelbasierter und ("keynesianischer") diskretionärer Wirtschaftspolitik muß sich relativieren; auch der fallweise Staatseingriff erfolgt nicht gänzlich theoriefrei, konjunkturelle Konstellationen sind untereinander nicht unvergleichbar. Damit muß auch diskretionäre Wirtschaftspolitik nicht jedesmal für Überraschungen sorgen. Bradford DeLong empfiehlt anstelle des bisherigen inflation targeting nunmehr geldpolitisch ein nominales BIP-Ziel anzustreben, mithin die Summe aus Inflation und realem Wachstum konstant zu halten. Diese Regel schließt allerdings die Kompensation fehlenden Realwachstums durch steigende Preise ein. Er glaubt dabei an die Möglichkeit, mit Geldpolitik den Zinssatz manipulieren und so das nominale BIP-Ziel erreichen zu können. [27] Wenn also die Fähigkeit einer kapitalistischen Ökonomie zur Akkumulation geschwunden ist, soll sich deren Form mit der Illusion des monetären Wohlergehens – nämlich Umsatz höher als Kosten – erhalten lassen. Ware soll derart auch ohne Kapitaleigenschaft ein zumindest nominelles Wertinkrement aufweisen können. De facto bekämpft die amerikanische FED mit ihrer Offenmarktpolitik die Gefahr des Preisverfalls zuerst bei den Vermögensklassen Aktien und Immobilien – ein Vorgang, der in keiner Beschreibung zur sog. Finanzkrise seit 2008 fehlt. Auch der neuerliche Expansionskurs der japanischen N otenbank treibt wie in den 1980er Jahren zuerst die fiktiven Kapitalwerte nach oben. Insoweit darf auch schon jetzt ein erneuter downturn bei der Bewertung des fiktiven Kapitals erwartet werden. Es ist müßig, sich entscheiden zu wollen, ob diese Operationen eher monetaristischen oder keynesianischen Vorstellung entsprechen. [28]

Keynesianismus ist Bezeichnung für eine Sammlung von Ökonomie-Theoremen, die sich aber nicht zu einer Systematik zusammenfügen lassen. [29]

Linke Ökonomik

Fragen wir also, was Keynes' Therapieempfehlungen für linke Ökonomen attraktiv macht. Schließlich heißt es doch "I conceive, therefore, that a somewhat comprehensive socialisation of investment will prove the only means of securing an approximation to full employment; though this need not exclude all manner of compromises and of devices by which public authority will co-operate with private initiative." [30] Nachdem der Keynesianer Kapitalismus zur Warenproduktion verniedlicht hat, ist es für ihn gleichgültig, wofür Geld ausgegeben wird. Man könnte für Geld auch Löcher graben. Es kommt ihm nicht darauf an, daß Kapital erzeugt wird. Aber der wohlfahrtskeynesianische 'New Deal' in den USA der Dreißiger Jahre war offenbar wenig erfolgreich, wohingegen der Militärkeynesianismus im nationalsozialistischen Deutschland Beschäftigung und Verbrauch kräftig erhöht hat. Das

sozialdemokratische Gemüt ist – horribile dictu – von der Fähigkeit dieses Regimes, gesellschaftliche Arbeit zu organisieren, begeistert. Wo lagen die Unterschiede beider Programme?

Man darf mit den zusätzlichen Staatsausgaben nicht der privaten Produktion Konkurrenz machen. Werden Konsumausgaben alimentiert, so sind spill-over Effekte in den Bereich der Investitionsgüterindustrie vergleichsweise gering. Rüstungsaufträge hingegen helfen direkt diesen stark von der Wachstumsrate des BIP abhängigen Sektoren. Außerdem gibt es für Rüstungsgüter keinen konkurrierenden privaten Markt. Sie stellen auch keine Produktionskapazitäten dar, die spätere Auslastung verlangen. [31] Man muß Keynes nicht die Naivität unterstellen, mit Lohnerhöhungen die effektive Nachfrage ausweiten zu wollen. "the actual level of output and employment depends, not on the capacity to produce or on the pre-existing level of incomes, but on the current decisions to produce which depend in turn on current decisions to invest and on present expectations of current and prospective consumption." [32]

Es bleibt Joan Robinson vorbehalten, die Krise unterkonsumtionstheoretisch zu deuten und vorzuschlagen: "Der wesentlichste Beitrag zur Bekämpfung der Stagnationstendenzen stammt von den Gewerkschaften und ihrem Drängen nach Lohnerhöhnung. Wenn Reallöhne pari passu mit der Produktivität steigen, dann ist die Wurzel des Übels beseitigt." [33] Der Weg aus der Depression erfolgt nicht über die Anhebung des Endverbrauchs, sondern über weitere Nettoinvestitionen, die einer wieder erhöhten Profitrate entspringen. Die zusätzliche effektive Nachfrage wird im ersten Schritt also kaum aus erhöhtem Konsum über gestiegene Lohnkosten kommen können, die unmittelbar einen weiteren profit squeeze bedeuteten. Die Massenkaufkraft und der Endkonsum darf sich später gerne wieder über eine erhöhte Beschäftigtenzahl vergrößern, nicht aber über Reallohnsteigerung als verschlechterte Verwertungsbedingung für das Kapital. Typischerweise ist der Höhepunkt des industriellen Aufschwungs, die Phase vor dem Produktionsrückgang, auch nicht durch den Rückgang von Reallöhnen gekennzeichnet.

Was die Finanzierung der Staatsaufträge anlangt, soll ebenfalls die Belastung der Privatwirtschaft vermieden werden: Steuererhöhungen haben die höchsten Aussichten, private Nachfrage zu reduzieren. Staatliche Anleihen können Konkurrenz für privatwirtschaftliche Anleihen bedeuten (crowding out). Staatsausgaben sollten am besten direkt aus der Notenbank kommen (elektronische Gelddruckerei). Diese kommen der Privatwirtschaft nicht in die Quere und der Staat kann sogar derart die Verschuldung vermeiden. [34]

Wenn also mit Staatsaufträgen Güter produziert werden, die nicht auf den Markt kommen, also keine private Kaufkraft abschöpfen -so eben vorzugsweise Infrastrukturprojekte und Rüstung -muß bedacht werden, daß diese auch ad infinitum fortgesetzt werden müssen. Eine Rückführung von Rüstung nach Kriegsende ist insoweit ungünstig; der Korea-Boom hat namentlich auch das 'deutsche Wirtschaftswunder' beflügelt. Wären Infrastrukturprojekte profitabel, so müßten sie nicht vom Staat übernommen werden. Sie ermöglichen erst eine direkte oder indirekte Subventionierung der verbliebenen privaten Wirtschaftstätigkeit. Die staatliche Kompensation einer mangelnden effektiven Nachfrage ist kein einmaliger Akt der Initial-Zündung, die sich womöglich durch anschließenden Einkommenszuwachs und deren Steueraufkommen auch gleich selbst refinanziert. Das Problem der abnehmenden Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals ist damit schließlich nicht erledigt. Die private Investitionsnachfrage, die einzige Nachfrage, die sowohl das Profiterfordernis erfüllte als auch das Produktionspotential weiter ausnutzte, bleibt dauerhaft zu schwach und sinkt weiter. Denn die Produktivitätsfortschritte in der Privatindustrie sind nicht ausgesetzt, sie wirken auch und gerade bei schrumpfendem Absatzvolumen. Sie sind aber nicht hoch genug, um insgesamt über Ausrüstungsinvestitionen Produktion und Beschäftigung zu stabilisieren. Ob nun die Staatsschulden sich im Laufe der Jahre auftürmen (deficit spending) oder die elektronische Gelddruckmaschine

Notenbank dies vermeidet: das neue Geldvolumen kommt in der Ökonomie an und ein anschließender Abfluß via Steuerzahlung würde den gewünschten Produktions- bzw. Beschäftigungseffekt konterkarieren. Die Alternative zur Kontraktion der Gesamtökonomie ist nur eine weitere Zunahme der staatlichen unprofitablen Wirtschaftstätigkeit. Die Staatsquote steigt weiter an.

Auf der Basis der Marxschen Akkumulationstheorie des Kapitals muß man mit Paul Mattick schlußfolgern: "Wenn dieser Trend andauert, muß eine Zeit kommen, in der der nicht-profitable Sektor den profitablen überwiegt und damit den Bestand des letzteren gefährdet. Es muß also eine Grenze für die Expansion des nicht-profitablen Teils der Wirtschaft geben. Wenn diese Grenze erreicht ist, müssen Defizitfinanzierung und staatlich induzierte Produktion als Maßnahmen gegen die sozialen Folgen einer sinkenden Akkumulationsrate zu einem Ende kommen. Die keynesianische Lösung wird sich als Scheinlösung enthüllen, die zwar den widersprüchlichen Verlauf der Kapitalakkumulation, wie er von Marx vorausgesagt wurde, aufschieben, ihn aber nicht verhindern kann." [35]

Soll doch mit der Euthanasie des Rentiers [36] auch das Profitregulativ für die Unternehmen verschwinden. Anders als noch Keynes [37] muß der Linkskeynesianer schließlich nicht den Kapitalismus retten. Die Betrachtung kann an dieser Stelle diejenigen Keynesianer zurücklassen, die eher auf Keynes' klug geleiteten Kapitalismus' vertrauen, [38] die 'mixed economy' also für einen stabilen Ökonomie-Zustand halten. Die regelmäßig überzogenen Budgets in den Projekten der Private-Public-Partnership sind eher Indiz dafür, daß auf diesem Wege große Corporations künstlich beatmet werden müssen. Diese Übergangsformen seien also ebenfalls Vergangenheit. Dann stellt sich indes die Frage, in welcher Art Ökonomie die Aufgaben einer hochgradigen Arbeitsteilung gelöst werden sollen. Abstimmung von Konsumtionsfond s und Produktion, Technikwahl, Implementierungsanreize, intertemporale Ressourcenallokation u.v.a.m. müssen auch nach Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise erledigt werden. Sie ergeben sich aus der arbeitsteiligen Produktion von Gebrauchswerten.

'Marktsozialismus' läßt also Ware-Geld-Beziehungen zu, das Profitregulativ soll in unterschiedlichen Graden von staatlichen Vorgaben eingeschränkt werden. [39] Ein fundamentaler Unterschied zur keynesianischen' mixed economy' ist nicht erkennbar. Solange ein Banksektor Kredite an Produzenten vergibt, muß ausgelegtes Geld planmäßig zum Emittenten zurückkehren. Ist ein Staat unmittelbar Auftraggeber der Produktion, die er als freie oder meritorische Güter anbietet, so erhalten Produzenten Geld aus ihren Umsatzerlösen, die als Einkommen an eigene Beschäftigte und die der Lieferanten gelangen. Sofern die marktsozialistische Ökonomie noch weiterhin wachsen soll, besteht auch ein endogen erhöhter Geldbedarf in der Zirkulation, der den Zufluß zum Teil resorbiert. Kann oder soll sie jedoch stationär betrieben werden, müßte diese Verwendung entfallen.

Jedenfalls ist zu fragen, an welcher Stelle ein staatlicher Ausgabeüberhang wieder zurückgeführt wird. Steuern entrichten heißt nicht, Waren bezahlen. Die Maxime "alle bezahlen alles" taugt weder als Allokationsregel, noch als Distributionsregel. Sofern anstelle von Steuern und Abgaben Schuldtitel verkauft werden, ist der Weg vorgezeichnet in den Zustand, an dem bislang das finale Scheitern aller Monetärökonomien ohne Wirtschaftsordnung zu erkennen war: einem destruktiven Geldüberhang.

Ebenso gängig wie unzutreffend ist die These, Angebot und Nachfrage bestimmten den Preis. Was bestimmt Angebot und Nachfrage? Unter anderem der Preis. Die Mikroökonomik bietet zur Explikation der Katallaktik zwei Kurven an – die Preis-Mengen-Kombinationen von Angebot und Nachfrage, die möglichst nur einen Schnittpunkt aufweisen. Um der tatsächlichen Aufgabe – der Erklärung einzelwirtschaftlichen Agierens aus gesamtwirtschaftlicher Bestimmtheit – zu entkommen, werden simultane Lösungen gesucht. Merkmal der positive economics ist, Prozesse in der Ökonomie als

Abfolge von Zuständen (shifting equilibrium) zu präsentieren. Die arbeitsteilige monetäre Ökonomie kommt indes nicht mit Tauschgleichgewichten aus. [40]

Tatsächlich werden Preise und Mengen nicht von Preisen und Mengen bestimmt, sondern aus dem dynamischen gesamtwirtschaftlichen Ausgleich einer formationsspezifischen einzelwirtschaftlichen Verwertungsrate. Wenn das zentrale Regulativ der Profitrate nicht mehr operiert, gibt es entweder innerhalb einer alternativen Ökonomie andere Regulative und Institutionen, oder Ökonomie verschwindet überhaupt, so daß Produktion, Distribution und Konsum außerökonomisch verwaltet werden müssen. Wenn das Besondere unvermittelt den Rang des Allgemeinen einnehmen soll, bedarf es dazu einer “despotischen Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution.” [41] Die unzutreffende Vorstellung, daß sich im Top-Down-Verfahren aus einer Perspektiv-, Indikativ- oder Rahmenplanung betriebliche Einzelpläne konkretisieren ließen, hat das Scheitern der Ökonomie-Versuche im RGW überlebt. Dabei werden Resultatgrößen aus der VGR, etwa Gesamteinkommen, Akkumulationsrate, technische Fortschrittsrate und dergleichen, ihren Entstehungskomponenten vorangestellt. Gleichwohl wird eine derartige zeitlich vorausgehende High-Level-Planung als Aufsetzpunkt für eine allgemeine politische Übereinkunft angeboten. Schlüsselwort der linken Ökonomen lautet jetzt ‘Wirtschaftsdemokratie’, die sich wahlweise mit ‘Marktsozialismus’ verträgt oder gleich diesen zum Gehalt hat.

Beide verdienen nicht den Rang von Konzepten, da ihnen die Debatte bislang das hohe Maß an Beliebigkeit und Unbestimmtheit nicht hat nehmen können. Typischerweise werden unter dem Etikett ‘Marktsozialismus’ viele Varianten an Reformkapitalismus angeboten, sogar die Profitrate als zentrales Regulativ bleibt bisweilen erhalten. [42] In der Tat unterlagen in den Ökonomie-Theorien des RGW alle Kategorien aus der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitals einer Ontologisierung, wobei namentlich aufgeführt werden “objektive Kategorien wie gesellschaftliches Gesamtprodukt, Nationaleinkommen, notwendiges und Mehrprodukt, Lohn, Prämie, Preis, Kredit, Zins und viele andere.” [43] Vor “Profit” und “Kapital” ist man offenbar zurückgeschreckt, diese werden umgetauft zu “Eigenerwirtschaftung” bzw. “Produktionsfonds”. Mit Alfred Schmidt ist daran zu erinnern: “alle Kategorien von Marx sind konzipiert im Hinblick auf einen Zustand, wo sie nicht mehr zu gelten brauchen” und “es hat gar keinen Sinn, in der Theorie noch einmal zu fetischisieren, was in der Wirklichkeit schon fetischisiert ist”. [44]

Wirtschaftsdemokratie

Die bisherige Intervention des Staates aus der Not der Systemrettung heraus, soll umgekehrt zum erlösenden Prinzip erhoben und gerade dem Staat die Rolle zugewiesen werden, Instrument der Demokratie für die Belange der Produktion, Distribution und des Konsums zu werden. Man muß sich klarmachen, daß das Profitregulativ, die Berechnung einer Verwertungsrate, in alle, auch in alle Detailentscheidungen hinein regiert.

Ein Ersatzverfahren, das diese Verdinglichung der Entscheidung vermeidet, benennt entweder ein oder mehrere Ersatzkriterien, oder man soll sich vorstellen, daß tatsächlich alle wirtschaftlichen Entscheidungen als Abstimmung zur Feststellung des Mehrheitsinteresses erfolgen sollen.

Wir lassen die Frage nach den Zuständigen der Abstimmung und nach den Herren des Verfahrens zunächst beiseite. Solche Abstimmungen erfolgen also entweder kontinuierlich und beziehen sich dann auf wirtschaftliche Detailfragen aller Art, oder man beschränkt diese Art eines Regelungsverfahrens auf mehr oder weniger übergeordnete Ziele des Wirtschaftens. Danach käme die Problematik der Umsetzung insofern unvermeidlich zum Tragen, als alle Umsetzung zumindest ein Effizienzkriterium benötigt. Berechnungen von konkreter Arbeitszeit mit Operationen der linearen

Algebra – vorzugsweise mit einem Quantencomputer – beziehen sich allenfalls auf ein dynamisches gesamtwirtschaftliches Optimum, taugen jedoch gerade nicht für die transitorische Ökonomie. Übergeordnete Ziele müßten nach ihrer Verabschiedung erst detailliert werden.

Insoweit stellt sich für die Betroffenen oder Entscheidungsbefugten die Frage, welches tatsächlich Gegenstand der Verabschiedung sein soll. [45] Ist eine Mehrheitsentscheidung dahingehend möglich, daß einer Minderheit rechtmäßiges Einkommen gekürzt wird? Sollen Betroffene via Abstimmung sich selbst das Einkommen erhöhen? Falls Preise, statt wie im RGW-Bereich von einer Behörde, in der Wirtschaftsdemokratie per Abstimmung festgesetzt werden: haben die Produzenten darüber ebenfalls ein Stimmrecht? Ob nun zum Ausgangspunkt der Planung Unmassen von Detailentscheidungen oder nur einige übergeordnete Entscheidungen vorliegen, es ist ausgeschlossen, daß sie derart bereits Konsistenz aufweisen. Man hat eventuell Entscheidungen herbeigeführt, deren Umsetzung nicht einmal technisch möglich ist. Es bedarf wahrscheinlich einer Nachbearbeitung, um überhaupt erst einen Ausgangspunkt der Planung zu erstellen. Ein weiser und gütiger Diktator hätte die Bedingungen des (nachgebesserten) Arrow'schen Unmöglichkeitstheorems [46] erst aufzubrechen. Angeblich "gehört zum Wesen des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, daß der Staat als höchste und allumfassende Form der gesellschaftlichen Organisation und Koordination mittels seiner ökonomischen Funktionen immer tiefer in die Sphäre der Basisverhältnisse hineinwächst und die ökonomische Politik des sozialistischen Staates der entscheidende Ausgangspunkt für die bewußte Anwendung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus ist." [47] Ein Vertreter des bürgerlichen Sozialismus spricht es klar aus: "Sozialisiert muß von oben werden." [48]

Wirtschaftsdemokratie als Substitut für Ökonomie verlang, daß eine Zentrale möglichst alles wissen soll und sich die Befugnisse der Einzelwirtschaft auf Durchführungsmaßnamen reduzieren. Eine derartige Konstellation wird sich kaum als "Befreiung der Produktivkräfte" charakterisieren lassen. Das Verfahren wird auch nicht dadurch erträglicher, daß die Repräsentanten des Planungsablaufs gewählt werden dürfen.

Geht man auf die Entstehung der Parole "Wirtschaftsdemokratie" zurück in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg, so wird Folgendes klar: Sie ist von der Sozialdemokratie kreiert worden nachdem die Gefahr sichtbar geworden war, daß die Arbeiter Ernst machen mit ihrer gesellschaftlichen Selbstbestimmung außerhalb der Kapitalsdiktatur. Dafür hätten sie sich in Arbeiterräten organisiert. Kapitalsvertreter wären nicht mehr dabei gewesen und damit hätte der sozialdemokratische Unteroffizier des Kapitals seinen raison d'être verloren. So wie im politischen Bereich mit der 'Nationalversammlung' Front gemacht wurde gegen die Räterepublik, [49] so sollte im wirtschaftlichen Bereich die systemgefährdende Stoßrichtung abgeleitet werden und in 'Wirtschafts-' bzw. 'Produktionsräten' der Klassengegensatz für die sozialdemokratischen Vertreterposten perpetuiert werden. Cohen-Reuß zählt Arbeitgeber und Großgrundbesitzer zu den unentbehrlichen Teilnehmern der berufsständigen Kammern. [50] Demokratie hat dann nie die Bedeutung von Volksherrschaft, denn Ausbeuterklassen zählen eben nicht zum Volk. Auch unter folgendem Gesichtspunkt wird bürgerliche Ideologie übernommen: der Konkurrenzkapitalismus ist vom organisierten Kapitalismus abgelöst worden. Jetzt wird behauptet, planmäßige Produktionsregelung und organisierte Marktbeherrschung stellten einen politischen Gestaltungsspielraum bereit. [51] In diese Art "Wirtschaftsführung" sind dann lediglich noch angebliche 'Arbeitervertreter' einzuschalten. [52] Der Klasseninstinkt des bürgerlichen Intellektuellen drängt auf den administrativen Posten.

Fazit

Möglichst viel Beschäftigung und Verbrauch sind keine sozialistischen Ziele. Die konzeptionelle Aufgabe, die Relation von Konsumfonds zu Ressourcenverbrauch operationalisierbar zu gestalten, wird

nicht gestellt, also auch nicht gelöst. Der Glaube an die Staatswirtschaft ist die Gemeinsamkeit zwischen Keynesianismus und der bürgerlichen Linken. Eine sozialistische Ökonomik benötigt keine keynesianischen Lehren.

Literatur

John Kenneth Arrow, Social Choice and Individual Values. 2. Aufl., Yale University Press, New Haven 1963

Eugen v. Böhm-Bawerk, Rechte und Verhältnisse vom Standpunkte der volkswirtschaftlichen Güterlehre, Innsbruck 1881. II. Teil. p. 54f., p. 130ff.

ders., Positive Theorie des Kapitals, 3. Auflg., Innsbruck 1909

Michael Boskin, Das fiskalische Nadelöhr, in: Financial Times Deutschland vom 25.05.2012.

K. Brunner / A. H. Meltzer, A Monetarist Framework for Aggregativ Analysis, in: Kredit und Kapital, Beiheft 1, 1972

Robert W. Clower, The Keynesian Counter-Revolution: A Theoretical Appraisal, 1965, in: Hagemann, H. (Hg.) Die neue Makroökonomik, Frankfurt 1981.

Bradford DeLong, Die Irrtümer der Ökonomiepropheten, Financial Times Deutschland, 05.07.2012

Christoph Deutschmann, Der linke Keynesianismus, Frankfurt 1973

M. Ernst-Pörksen, Das Krisenproblem bei Marx und Keynes, WSI-Mitteilungen 10/1981, p. 605-615

H. Friedrich / W. Schließer / G. Schulz: Gegenstand, Aufgaben und Methoden der politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1976

Milton Friedman, The Optimal Quantity of Money, in: The Optimal Quantity of Money and Other Essays, Chicago 1969

Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. 5. Auflg., Rehbrück 1922

Herschel I. Grossman, Was Keynes a “Keynesian”?; in: Journal of Economic Literature, Vol 10/1972, p. 26 – 30.

Rudolf Hickel, Keynes ist tot – Es lebe die keynessche Theorie, 2006

Werner Hofmann, Die säkulare Inflation, Berlin 1962

Erich Honnecker, Das Volk der DDR kann mit Zuversicht die Schwelle zum Jahr 1973 überschreiten, Berlin 1972

Michael Kalecki, Proba teorii konjunktury, Instytut Badania Konjunktur Gospodarczych i Cen, Warszawa 1933 ders., Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933-1971, Marburg 1987

ders., Class Struggle and the Distribution of National Income, Kyklos 1971 Nr. 1, 1-9

John Maynard Keynes, Am I A Liberal?, Rede an der Liberal Summer School in: Nation and Athenaeum, 8. und 15. August 1925

ders., Ende des Laissez-Faire, Vortrag vom 23.06.1926 an der Universität Berlin

ders., The Means to Prosperity, London 1933

ders., The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936

deutsch: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München 1936

ders., Collected Writings, Bd. 27, Hg.: D. Moggridge, London -Basingstoke 1980

Klaus Peter Kisker, Plädoyer für eine gesellschaftliche Profitorientierung, Utopie kreativ 198, April 2007

Stephan Krüger, Keynes und Marx. Darstellung und Kritik der 'General Theory', Hamburg 2012

Paul Krugman, Mr. Keynes and the Moderns, VoxEU 20.06.2011

Ernst Lohoff / Norbert Trenkle, Die große Entwertung, Münster 2012

Adolph Lowe, Politische Ökonomik (On Economic Knowledge), Königstein/Ts., 1984

Wolfgang Luthard, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933, Ffm 1978

Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1 MEW 23, Bd. 3 MEW 25, Berlin 1968, 1969

ders., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1974

Paul Mattick, The Nonsense of Planning, 1937

ders., Bolschewismus und Stalinismus, 1947

ders., Marx und Keynes. Grenzen des gemischten Wirtschaftssytems, Frankfurt -Köln 1969

Otto Neurath, Durch Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919

David Ricardo, The Principles of Political Economy and Taxation (1817), New York 2004

Hajo Riese, Theorie der Geldwirtschaft, Manuskript 1980

ders., Geldökonomie, Keynes und die Anderen. Kritik der monetären Grundlagen der Orthodoxie. in: Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 1: Die Neoklassik und ihre Herausforderungen. Frankfurt -New York 1983

Joan Robinson, Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft, München 1965

dies., The Accumulation of Capital, 3. A 1969, deutsch: Die Akkumulation des Kapitals, Frankfurt -Berlin -Wien 1972

Paul A. Samuelson, The Theory of Pump-Priming Re-examined, American Economic Review 30 / 1940

Alfred Schmidt, Zum Erkenntnisbegriff der Kritik der politischen Ökonmie (1967), in: W. Euchner / A. Schmidt (Hg), Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre 'Kapital', Frankfurt – Köln, 1972

Dieter Schneider / Rudolf Kuda, Arbeiterräte in der Novemberrevolution, 3. A., Frankfurt 1973

H. Stein, The Fiscal Revolution in America, Chicago 1969

John Taylor, Discretion Versus Policy Rules in Practice, Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 39: p. 195-214, 1993

James Tobin, Liquidity Preference as Behaviour Towards Risk, Review of Economic Studies 25/1985. p 65-86

Anmerkungen

[1] Deutschmann, 1973, p. 30

[2] Kalecki 1987, p. 262-272 reklamiert für sich drei Antizipationen von Keynes:

[3] Keynes, 1936, schreibt im Kap. 23 “I believe that the future will learn more from the spirit of Gesell than from that of Marx.” Ihm ist dies gelungen. Bei Gesell, 1922, heißt es p. 123 “eine besondere Theorie des Werts ist überflüssig” und p. 124 “Der Wert ist also ein reines Hirngespinst.” Letzteres ist nicht zu verwechseln mit der “gespenstischen Gegenständlichkeit” des Werts als bewußtloser und unbeherrschter Gesellschaftlichkeit. Cf. MEW 23, p. 52.

[4] Keynes, 1936, Kap. 4. Daß ‘labor commanded’ und ‘labor embodied’ unterschieden und nicht verwechselt werden sollten, hatte bereits Ricardo gegenüber Adam Smith moniert: “as if these were two equivalent expressions, and as if, because a man’s labour had become doubly efficient, and he could therefore produce twice the quantity of a commodity, he would necessarily receive twice the former quantity in exchange for it.” Cf. Ricardo, 2004, p. 7.

[5] Keynes, 1936, Kap. 11

[6] Kalecki, 1971

[7] Robinson, 1972, p. 267

[8] Riese, 1980, p. 39ff.: “Keynes’ eigentliche theoriegeschichtliche Leistung liegt … darin, an die Stelle des Gütermarktes mit seinen mengenmäßigen Ressourcen als Budgetrestriktion den Vermögensmarkt mit Geld mit genereller Budgetrestriktion als Steuerer des Wirtschaftsprozesses zu setzen. Der preistheoretische Ausdruck dieser Umkehrung der Markthierarchie zeigt sich daran, daß nicht mehr der Güterzins den Vermögenszins, sondern der Vermögenszins den Güterzins steuert und dadurch die Investitionstätigkeit zu einem Phänomen des Vermögens-marktes macht.” Oder ders., 1983, p. 113: “Die Profitrate ist ein Geldzins oder wird, wenn man so will, als Geldzins zum Güterzins”. Jetzt soll noch jemand behaupten, der sog. “finanzmarktgetriebene Kapitalismus” sei eine Erfindung von Neoliberalen. Auch bei dem Gedanken einer Zinssicherung durch Geldangebotsverknappung beweisen die Keynesianer ihre Tradition: Bei Gesell findet sich dieser Mechanismus op. cit. pp. 184, 291, 301, 326. Geldzurückhaltung wird bei Gesell und Keynes zum Konjunkturproblem, bei Riese ist sie ein zwingende Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der Zins-und Profitrate. Diese Zurückhaltung ist bei BOJ, FED und EZB inzwischen zusammen mit dem Zins verloren gegangen, allerdings ebenfalls in der Hoffnung, eine positive Akkumulationsrate wieder herstellen zu können.

[9] R. Hickel, 2006

[10] Böhm-Bawerk, 1909, p. 55: “Sozial-(Produktiv-)kapital ist der Inbegriff von Produkten, die zu fernerer Produktion zu dienen bestimmt sind” bringt die konkrete Bestimmung als produziertes Produktionsmittel und die abstrakte, gesellschaftliche Bestimmung nicht zusammen. “Kapital ist eine Güterkategorie” (l.c.). Die quantitative Bestimmung bleibt ebenso unhistorisch: zur Übereinstimmung mit der subjektiven Wertlehre soll die Wertbildung ihr Maß in der Zeit der Produktionsumwege finden, die dem Erreichen des Vollwerts der schließlichen Gegenwartsware vorausgehen: “Güter entfernterer Ordnung sind, obschon sie körperlich gegenwärtig sind, ihrer wirtschaftlichen Natur nach Zukunftsware. Sie sind in ihrem gegenwärtigen Zustand zur Bedürfnisbefriedigung untauglich, bedürfen, um dazu tauglich zu werden, erst der Umformung in Genußgüter, und da dieser Umformungsprozeß natürlich Zeit erfordert, können sie ihre Dienste immer erst den Bedürfnissen einer zukünftigen Periode leisten, und zwar frühestens einer Periode, die um die Dauer des zur Umformung nötigen

Produktionsprozesses von der Gegenwart absteht.” op. cit., p. 503. Offenbar soll dieses technische Zeitmaß konsistent sein mit dem subjektiven Genußmaß.

[11] Bei Joan Robinson, 1972, p. 110 langlebige Ausrüstung, die via Nettoinvestition akkumuliert gehört und ohne weitere Erklärung die Eigenschaft aufweist, Quasirenten für den Unternehmer abzuwerfen. Immerhin führte ihre Befassung mit der Kritik der Politischen Ökonomie zu etwas Selbstreflektion, leider ergebnislos: “Es ist immer noch üblich, Modelle zu konstruieren, in denen Quantitäten von ‘Kapital’ erscheinen, ohne daß man die geringste Angabe darüber macht, wovon dies eine Quantität sein soll. Wie man das Problem, dem Nutzenbegriff einen praktischen Inhalt zu geben, gewöhnlich umgeht, indem man ein Diagramm zeichnet, so entzieht man sich auch dem Problem, die Quantität von ‘Kapital’ einen Sinn zu geben, durch Übersetzung in Algebra. K ist Kapital, ΔK ist Investition. Was ist aber K ? Was soll das heißen ? Kapital natürlich. Es muß einen Sinn haben, also wollen wir mit der Analyse fortfahren und uns nicht mit spitzfindigen Pedanten abplagen, die zu wissen begehren, was gemeint ist.” Cf. dies. 1965, p. 85

[12] Im Kontext des Keynesschen Bancor-Plans von 1944 kehrten die Strafzinsen auf Geldhaltung des Silvio Gesell als Gebühren der Überschuss-und Defizitländer gegenüber der “Clearing Union” als Vorschlag wieder in die Debatte.

[13] Keynes, 1936, Kap. 21.5. Doppelt unzutreffend ist die Behauptung von Stephan Krüger, Keynes habe mit seinem Geldverständnis – Vermittlung erstens der Zukunft mit der Gegenwart und zweitens der Mikro-mit der Makroebene – den “Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht” (MEW23, p. 56) erfaßt: Tatsächlich ist bei Keynes dort nicht von Arbeit und bei Marx ist statt von dieser von ihrem Doppelcharakter die Rede. Cf. Krüger, 2012, p. 17.

[14] MEW 23, p. 180 “Es hat sich gezeigt, daß der Mehrwert nicht aus der Zirkulation entspringen kann, bei seiner Bildung also etwas hinter ihrem Rücken vorgehen muß, das in ihr selbst unsichtbar ist.” MEW 25, p. 241 “Der Vulgärökonom tut in der Tat nichts als die sonderbaren Vorstellungen der in der Konkurrenz befangnen Kapitalisten in eine scheinbar mehr theoretische, verallgemeinernde Sprache zu übersetzen und sich abzumühn, die Richtigkeit dieser Vorstellungen zu konstruieren.”

[15] Paul Krugman, 2011: “What did Keynes really intend to be the key message of the General Theory ? My answer is, that’s a question for the biographers and the intellectual historians. I won’t quite say I don’t care, but it’s surely not the most important thing.” “What matters is what we make of Keynes, not what he ‘really’ meant.”

[16] Grossman, 1972, bejaht diese Frage p. 26: “Keynes’ thinking was both substantially in accord with that of his popularizers and similarly deficient.”

[17] Cf. Gesell, 1922, p. 194f..

[18] Keynes, 1933, p. 17, übers. W. Hofmann, 1962, p. 24f.

[19] Keynes, 1936, Kap. 15

[20] Tobin, 1985

[21] Brunner, K. / Meltzer, A. H., 1972

[22] Cf. “Austeritätspolitik bei einem Multiplikator von 1.5” vom 11.10.2012 in http: // makrointelligenz. Blog spot.de Michael Boskin, 2012, kommt für den Primäreffekt sogar auf 2, er weist allerdings darauf hin, daß mit hohen Staatsschulden die Wachstumsrate verringert wird.

[23] Cf. Clower, 1965< /p>

[24] Cf. Keynes, 1936, Kap. 12 " I am now somewhat sceptical of the success of a merely monetary policy directed towards influencing the rate of interest. I expect to see the State, which is in a position to calculate the marginal efficiency of capital-goods on long views and on the basis of the general social advantage, taking an ever greater responsibility for directly organising investment."

[25] Cf. Friedman, 1969

[26] Cf. Taylor, 1993

[27] Cf. DeLong, 2012

[28] W. Hofmann, 1962, p. 38 "So hat die elementare Selbstgefährdung, welche das Wirtschaftssystem aus sich selbst heraus erzeugt hat, dazu beigetragen, die unechten Gegensätze von einst zu bereinigen und die widerstreitenden Parteien zusammenzuführen." – H. Stein, 1969. p. 462: "Auf der anderen Seite beseitigte der Nachkriegs-Konsens jene am meisten umstrittenen und angreifbaren Elemente des frühen Keynesianismus – seine Neigung zu einer starken Regierung und einer egalitären Politik und seine Skepsis im Hinblick auf die Funktion von Zins und Profit innerhalb des ökonomischen Systems. Er half, die Differenzen zwischen Keynesianern und Anti-Keynesianern aufzulösen, die eine Übereinstimmung in der praktischen Politik verhindert hatten. Er trug dazu bei, 'keynesianisch' zu einem Begriff zu machen, der gleichbedeutend mit 'modern' oder 'wissenschaftlich' war, jedoch sich in keiner anderen Weise auf die ursprünglichen Ideen von J. M. Keynes bezog.

[29] Ernst-Pörksen, 1981, p. 607, gesteht "Keynes ein nicht-subjektives System ökonomischer Kategorien" zu. Adolph Lowe, 1984, unterscheidet zwar zwischen endogenen und exogenen Faktoren, nicht jedoch zwischen immanenten und äußerlichen Relationen. Wenn er Keynes in Kritik an der Neoklassik eine "Erneuerung des Systemgedankens" zubilligt, so meint dies lediglich, daß das Makroziel Vollbeschäftigung nicht ohne die "Einführung eines öffentlichen Entscheidungsträgers" (p. 244) zu gewährleisten ist, womit eben die Ökonomik wieder eine politische ist. Unter 'System' versteht Lowe insoweit die Ergänzung der Ökonomik um diejenigen Funktionen und Parameter, die es erlauben, den tatsächlichen Wirtschaftsverlauf zu beschreiben und dadurch die Realitätsverweigerung in den Abstraktionen der Neoklassik zu überwinden. Cf. Lowe, 1984, Kap. IX.

[30] Keynes, 1936, Ch. 24.3. Für die deutsche Ausgabe im gleichen Erscheinungsjahr wird mit der Übersetzung "Verstaatlichung" jegliche semantische Anforderung minimiert.

[31] Cf. Deutschmann, 1973, p. 57ff. Der spätere Exponent der neoklassischen Synthese – von Joan Robinson 'Bastard-Keynesianismus' tituliert – schreibt "in a community where there is a despire to save out of income, consumers' buying will not be large enough to cover their cost of production unless the deficiency is made up by private investment, or what comes to the same thing, by governmental expenditures in excess of receipts. ... the importance of investment consists in the fact that it involves disbursal of income to the factors of production while not at the same time bringing to the market goods which must be currently sold. Because of this, the dilemma of thrift can be averted, provided that the excess of factor income over current costs of production is large enough to offset saving on the part of individuals. It should be noted, and this is a factor insufficiently stressed by most writers, that all kinds of investment are not equally useful from this point of view. For after all, private investment is motivated by the hope to make profits; sooner or later the currently produced new capital equipment will result in an increased flow of consumers' goods upon the market. The current outlay on investment is a surplus from the point of view of the present, but must be paid out of future consumption revenues. The most favorable kind of investment from the standpoint of bolstering up the national income is that which does not increase the supply of consumers' goods for a long time to come." Cf. Samuelson, 1940, p. 497. Investition soll hier schlicht als "expansionary demand" verstanden werden, woraus sich

die angeblich gleiche Tauglichkeit der Staatsausgaben für den Zweck der Einkommensgenerierung ergibt.

[32] J. M. Keynes, General Theory, 1939, Vorwort zur französischen Ausgabe

[33] J. Robinson 1972, p. 92

[34] Keynes wollte dem Staat dabei zumindest die Zinszahlungen ersparen. Cf. Kisker, 2007, p. 342

[35] Mattick, 1969, p. 175. S. a. Lohoff / Trenkle, 2012, p. 203ff.

[36] Keynes, 1936, Kap. 24.2

[37] Keynes, 1925, “the class war will find me on the side of the educated bourgeoisie”

[38] “Ich für meinen Teil bin der Ansicht, daß ein klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgend ein anderes, vorläufig in Sicht befindliches System, daß man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann.” Keynes, 1926, p. 421. Eine Äußerung vor der ersten Great Depression! Für die Nachkriegs-Stagnation, wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals völlig versagt, soll die Stabilisierung der Ökonomie aus moralischem Konsens von ‘leaders and followers’ kommen: “Moderate planning will be safe if those carrying it out are rightly orientated in their own minds and hearts to the moral issue.” Cf. Keynes, 1980, p. 387.

[39] Bei Schneider / Kuda muß ein ‘systemänderndes’ Konzept dem einzelwirtschaftlichen Profitprinzip das allgemeine Nutzenprinzip überordnen. Cf. dies., 1973, p. 49

[40] Krüger, 2012, p. 361 “eine sozialistische Ökonomie für entwickelte Volkswirtschaften wird eine Marktwirtschaft sein, die dem Wirken der Ware-Geld-Beziehung, der Preisbildung durch Angebot und Nachfrage auf den Warenmärkten und dezentralen Entscheidungen auf Unternehmensebene nicht nur die Funktion eines Lückenbüßers gegenüber der Priorität gesellschaftlichen Planung und Lenkung von Ressourcen zumißt, sondern für weite Bereiche der Volkswirtschaft das regulierende Prinzip des Marktes offiziell anerkennt.”

[41] Marx, 1974, p. 73

[42] Einer der Begründer dieser Schule, Ŏta Sik, verkündet am 2.8.1990 in Mladá fronta. “Wir konnten damals nicht all unsere Absichten präsentieren. Somit war auch der dritte Weg ein Täuschungsmanöver. Schon damals war ich überzeugt, daß die einzige Lösung für uns der vollblütige kapitalistische Markt darstellt. Und heute, nach 20 Jahren des Lebens im Westen, bezweifle ich das nicht im Geringsten.”

[43] H. Friedrich / W. Schließer / G. Schulz, 1976, p. 68

[44] A. Schmidt, 1972, p. 52 und 57.

[45] In der DDR war immerhin bekannt, daß Wirtschaftsplanung nicht beliebige Aufsetzpunkte wählen kann. E. Honnecker, 1972, p.27: “..die Entwicklung der Bereiche der Volkswirtschaft noch stärker aus ihrem inneren Zusammenhang bei der Lösung der Hauptaufgabe zu bestimmen und nicht nach allgemeinen Wachstumsraten, die Ergebnis, aber nicht Ausgangspunkt der Arbeit am Plan sind.” Diese “Hauptaufgabe” ist allerdings eine politische, u nd aus einer solchen lassen sich nie ökonomische Vorgaben ableiten, da der Zusammenhang kein innerer, sondern nur ein äußerer sein kann.

[46] Cf. Arrow, 1963

[47] Lehrbuch der Politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1969, Bd. 3, p. 200

[48] Otto Neurath, Durch Kriegswirtschaft zur Naturalwirtschaft, München 1919, p. 215. Daß Keynes wenig Berührungsängste mit autoritären Regimen hat, zeigt sein Vorwort zur deutschen Ausgabe der 'Allgemeinen Theorie' von 1936: "Ich gestehe, daß vieles in dem folgenden Buche hauptsächlich mit Bezug auf die Verhältnisse in den angelsächsischen Ländern erläutert und dargelegt worden ist. Trotzdem kann die Theorie der Produktion als Ganzes, die den Zweck des folgenden Buches bildet, viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates (conditions of a totalitarian state) angepaßt werden als die Theorie der Erzeugung und Verteilung einer gegebenen, unter Bedingungen des freien Wettbewerbes und eines großen Maßes von laissez-faire erstellten Produktion."

[49] Cf. Beitrag Max Cohen am 19.12.1918 auf dem I. Allgemeinen Kongreß der Arbeiter-und Soldatenräte, Stenographischer Bericht p. 209f..

[50] Cf. Beitrag Max Cohen-Reuß auf dem II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern-und Soldatenräte 08.04. - 14.04.1918, Protokoll p. 159 und 267

[51] Paul Mattick, Stalinismus und Bolschewismus: "Die Theorie des Sozialismus kam auf das Verlangen nach einer zentralisierten ökonomischen Planung im Interesse aller herunter." Alfred Braunthal formulierte in seiner Replik auf die Rezension seines Buches (Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Gesetze, 1930): "das Prinzip der proletarischen Ökonomie – die Regelung der Wirtschaft im Interesse der Allgemeinheit". Cf. Luthard, p. 307. Paul Mattick schreibt in "The Nonsense of Planning": "Various proposals with reference to money, credit, banking, tariff, cartellization, and control of profit are designed to govern the market and, with it, the whole economy according to predetermined plans. The legitimacy of the market, though first rejected, is now to be controlled and again made into the regulator of the social life. However, the market and competition have a meaning only in so long as they work their pernicious effects; if their operations are controlled, they are deprived of their regulating functions and we arrive at the opposite of what we set out to attain. Any market control becomes the privilege of the groups already favored by that market. The individual interests are not governed according to the planning, but this planning can only adapt itself to the existing interests already established as a result of the previous development."

[52] Cf. Ernst Nölting, Wirtschaftsdemokratie, ADGB-Kongreß 1928, in: Luthard, 1978, p. 294